

Bezugspreise: Ausgabe A mit illust. Beilage vierteljährlich 9.50 M. in Dresden und ganz Sachsen... Ausgabe B vierteljährlich 5.50 M. in Dresden...

Sächsische Volkszeitung

Anzeigen: Annahme von Geschäftsangeboten bis 10 Uhr, von Familienangeboten bis 11 Uhr vorm.

Einzige katholische Tageszeitung in Sachsen. Organ der Zentrumsparlei. Ausgabe A mit illustrierter Unterhaltungsbeilage und relig. Wochenbeilage Feterabend. Ausgabe B nur mit der Wochenbeilage.

Der Parteitag der Sächsischen Zentrumsparlei.

Wir weisen in unserer Sonnabend-Nummer darauf hin, daß es eine Fülle von Problemen ist, mit denen sich unserer sächsische Parteitag zu beschäftigen haben würde. Und wir betonen weiter, daß vor allem die Organisationsfrage behandelt werden müßte.

- 1. Der Landesvorstand wird von der Ortsgruppe Dresden getrennt. Er besteht aus dem Vorsitzenden, dem Schriftführer und Kassierer als geschäftsführenden Ausschuss... 2. Der Vorstand wird damit beauftragt, die Gründung eines dem Vorstände zu unterstellenden Parteisekretariats...

wärtige Lage statt, wobei offensichtlich die Notwendigkeit betont wurde, mit noch größerer Entschiedenheit für die Ideale der Zentrumsparlei einzustreiten.

Der Parteitag der Sächsischen Zentrumsparlei nimmt entschiedene Stellung gegen den Beschluß des Gesetgebungsan Ausschusses der Volkstammer über die Abschaffung des Religionsunterrichts. Dieser Beschluß steht im Widerspruch mit dem des Verfassungskomitees...

Nachdem noch einstimmig beschlossen worden war, daß Herr Konnertherr Freiherr Adolf v. Schönberg-Thannemhain auch weiterhin als lebenslängliches Mitglied dem Landesvorstand der Sächsischen Zentrumsparlei angehören soll...

Der internationale christlich-soziale Arbeiterkongress in Luzern

stellte am Schluß seiner Tagung folgendes grundsätzliche Programm auf:

- Der internationale christlich-soziale Arbeiterkongress in Luzern erkennt, daß die bisherige Ordnung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse ihren Zweck, die Wohlfahrt aller Volksklassen zu begründen, nicht erfüllt hat. In dieser Erkenntnis, feststehend auf dem Urgrund christlicher Lebens- und Weltanschauung, hält der Kongress eine umfassende Neuordnung innerhalb der Völkergemeinschaft für unbedingt notwendig...

Nur ein Ende soll. Wie der Kongress kein schrankenloses und pflichtloses Eigentum anerkennt, so auch nicht eine ungebundene Privatwirtschaft und völlig freie Unternehmung, die das Gemeinwohl auf Kosten der Allgemeinheit zu ihrem Ziele hat...

Die öffentliche Wohlfahrt ist nicht durch Verfassungseinrichtungen allein und erst recht nicht durch Mittel der Gewalt herzustellen und dauernd zu erhalten. Es bedarf dazu der befruchtenden Kräfte und der innerlichen Stütze durch einen geläuterten sittlichen Willen des Einzelnen...

Der Kongress begrüßt mit freudiger Genugtuung das Entstehen der christlichen Berufsverbände und Genossenschaften. Er erwartet von ihnen, daß sie ein Hort der Verteidigung und Wahrung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder...

Aus der innigen Gemeinschaft und dem treuen Zusammenwirken aller auf dem Boden dieses Programms stehenden Organisationen und Verbände wird der kraftspendende Strom lebendiger Erneuerung des Volks- und Einzellebens im Geiste wahren Christentums und edler Menschlichkeit erfließen.

Das internationale Organisationsprogramm hat folgenden Wortlaut:

- 1. Der internationale Organisation der revolutionären Gruppen stellt der Kongress die internationale Vereinigung derjenigen Organisationen entgegen, die den Kampf um die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen und der politischen und kulturellen Rechte der Gesellschaft und die zur Erreichung dieser Zwecke erforderlichen Reformen anstreben auf dem Boden des Naturrechts und der durch Geschichte und Verkommen funktionierten politischen und religiösen Institutionen...

Es waren in Luzern folgende Organisationen des Auslandes vertreten: Deutschland: Christliche Gewerkschaften: Theodor Brauer-Köln, Fr. Wieber-Duisburg, Ludwig Tremmel-Schaffenburg...

Gewerkschaftsbund: I. S. Serrarens-Utrecht, C. de Bruyns. Litauen: Christliche Arbeiterorganisationen: Dr. Chret-Basel. Christliche Arbeiterorganisationen Litauens in Nordamerika.

Die Abdankung des Kaisers.

Berlin, 5. April. Die "Freiheit" veröffentlicht aus einer Denkschrift des Generalstabes der Armee des Kronprinzen, die das Datum des 7. Dezember 1918 trägt, Mitteilungen über die Vorgänge, die zur Abdankung des Kaisers geführt haben. Graf Schulenburg fand bei seinem Eintritt am 9. November in Spa im Generalstab eine niedergedrückte, fast kopflose Stimmung vor. In einer Konferenz beim Kaiser führte General Groener in einem längeren Vortrage aus, daß die Lage des Heeres verzweifelt sei. Deutschland sei in der Hand des Umsturzes. In Berlin drohe jeden Augenblick der Bürgerkrieg auszubrechen. Da das Feldheer nur noch für wenige Tage Verpflegung habe, müsse man mit einer Hungerkatastrophe im Heere rechnen. Das Heer sei nicht mehr zuverlässig und es sei ganz ausgeschlossen, in dieser Lage mit dem Feinde im Rücken mit dem geschlossenen Heere kehrt zu machen, um es in vielwöchigen Märschen zum Bürgerkrieg nach Deutschland zu führen. Nach seiner und des Feldmarschalls Ansicht, der auch alle seine Abteilungschefs und ebenso der Generalquartiermeister, die Generalintendant und der Chef des Eisenbahnwesens beiträten, liege die einzige Rettung des Vaterlandes in der Abdankung des Kaisers. Graf Schulenburg widersprach und empfahl, nicht der Gewalt zu weichen und nicht abzutreten, sondern den Kampf mit den Aufständischen mit ausgesuchten Führern und ausgesuchten Truppen aufzunehmen. Der Kaiser schloß sich seiner Auffassung an und erklärte, nicht abzutreten zu wollen, wollte aber auch ebenso keinen Bürgerkrieg. In der Erörterung blieben General Groener wie Generalmajor Schulenburg auf ihren Standpunkten stehen. Graf Schulenburg erklärte, nicht zur Wiederaufnahme des Kampfes mit dem Feinde zu haben, wohl aber zur Wiederherstellung der Ordnung an einzelnen Stellen und zum geschlossenen Rückzug in die Heimat unter Führung des Kaisers. Der Kaiser wies darauf hin, daß Graf Schulenburgs Aussagen im Widerspruch ständen mit den Ausführungen Groeners und verlangte von ihm und dem Feldmarschall Hindenburg ihre Meldungen schwarz auf weiß nachdem sie alle Oberbefehlshaber befragt haben. Generalfeldmarschall von Hindenburg sprach sich auf Grund der vorliegenden Meldungen ebenfalls dafür aus, daß die Abdankung unumgänglich nötig sei. Der Kaiser war daraufhin: Heiner entschlossen, seine Person zum Opfer zu bringen, um den Bürgerkrieg zu vermeiden, wollte aber entsprechend den Vorschlägen des Grafen Schulenburg unter allen Umständen König von Preußen bleiben und sein Heer nicht verlassen. Er ordnete die sofortige telefonische Anfrage beim Gouverneur von Berlin an. Dieser bestätigte bereits vorher aus dem Reichskanzlerpalais eingegangene Mitteilungen, daß in den Straßen gekämpft würde, daß die Truppen überlaufen seien und daß der Gouverneur selbst keine Truppen mehr in der Hand habe. Ebenso telephonierte der Kanzler, der Bürgerkrieg sei unvermeidlich, wenn nicht in den nächsten Minuten die Abdankung des Kaisers bekanntgegeben werden könne. Während Feldmarschall von Hindenburg, Groener und Erzellens hinter dem Kaiser diese Meldung erstatteten, fuhr der Kronprinz vor, den Graf Schulenburg dringend bat, sich mit seiner ganzen Person dafür einzusetzen, daß der Kaiser, falls die Abdankung nicht zu umgehen sei, wenigstens König von Preußen bleibe. Nach einem kurzen Gespräch des Kronprinzen unter vier Augen wurden die anderen Offiziere herangerufen, worauf Oberst Hege berichtete, von allen Kommandeuren sei einstimmig die Frage verneint worden, ob man auf das Heer für einen Bürgerkrieg in der Heimat rechnen könne. Einzelne Kommandeure könnten auch nicht unbedingt die Sicherheit ihrer Truppen verbürgen. Es erkundete sich wieder eine Auseinandersetzung zwischen General Groener und dem Grafen Schulenburg, in der Schulenburg ausführte, ein Heer, das innerhalb Jahre seine Pflicht getan hätte, wäre nicht feige, seinen Fahnenstange zu brechen, während Groener erwiderte, Fahnenstange und Kriegsherr seien keine Idee. In diesem Augenblicke kam Erzellens von Sinke mit der Mitteilung des Kanzlers, die Lage in Berlin habe sich äußerst bedrohlich gestaltet. Er müsse seine Entlassung nehmen, und die Monarchie sei nicht mehr zu retten, wenn der Kaiser sich nicht sofort zur Abdankung entschliesse. Der Kaiser beauftragte darauf Erzellens von Sinke, dem Reichskanzler zu telephonieren, daß er als deutscher Kaiser abdanken wolle, um Mordvergehen zu vermeiden, daß er aber König von Preußen bleibe und sein Heer nicht verlassen werde. Auf Anregung von Schulenburg sollte diese wichtige Entscheidung schriftlich festgelegt werden. Bevor das jedoch geschehen war, klingelte der Chef der Reichskanzlei Erzellens von Sinke an und erklärte dem Grafen Schulenburg, der mit ihm persönlich sprach, sie müßten die Abdankungserklärung in den nächsten Minuten in Berlin haben. Graf Schulenburg erwiderte darauf, eine so wichtige Entscheidung könne nicht in wenigen Minuten gefaßt werden. Die Erklärung des Kaisers lautet ungefähr folgendermaßen: 1. Se. Majestät sind bereit, als deutscher Kaiser abzutreten, wenn nur dadurch weiteres Blutvergießen vermieden werden kann. 2. Se. Majestät wollen keinen Bürgerkrieg. 3. Se. Majestät bleibt König von Preußen und wird das Heer in geschlossener Ordnung in die Heimat zurückführen.

3 Uhr 10 Minuten nachmittags wurde dem Kaiser vom Reichskanzleramt die Bekanntmachung gemeldet, die

der Reichskanzler, ohne die Erklärung abzuwarten, über die Abdankung des Kaisers und Königs durch das Wolffsche Telegraphische Bureau herausgegeben hatte. Der Kaiser nahm die Nachricht in tiefstem Ernst und in vollster feierlicher Würde entgegen. Ueber seine Ansicht befragt, sagte Graf Schulenburg: "Das ist ein Staatsstreich, eine Bergewaltigung, der Eure Majestät sich nicht beugen dürfen. Eure Majestät sind König von Preußen, und jetzt ist eine noch zwingendere Notwendigkeit, daß Eure Majestät als oberster Kriegsherr beim Heere bleiben. Ich garantiere dafür, daß es treu zu Eurer Majestät halten wird." Der Kaiser antwortete, daß er König von Preußen sei und bleibe, und das Heer nicht verlassen werde, und beauftragte darauf die Generale von Plessen und von Marschall, sowie Erzellens von Sinke, die neue Wendung dem Feldmarschall zu melden. Unmittelbar darauf verabschiedete der Kaiser den Kronprinzen und den Grafen Schulenburg und versprach ihnen dabei nochmals: "Ich bleibe beim Heere." Graf Schulenburg hat den Kaiser nicht wiedergesehen. In einer unmittelbar an den Abschied sich anschließenden Konferenz beim Generalfeldmarschall von Hindenburg erklärte dieser und Groener, daß der Kaiser das Hauptquartier sofort verlassen und nach Holland gehen müsse, da sie keine Sicherheit nicht einmal für die nächste Nacht verbürgen könnten, während Graf Schulenburg bei seiner Ansicht blieb, daß der Kaiser im Heere nicht gefährdet sei. Da auch die Herren von Sinke und von Marschall dem Feldmarschall zustimmten, wurde Erzellens von Sinke beauftragt, sofort durch das auswärtige Amt in Berlin die nötigen Schritte für die Einreise des Kaisers nach Holland zu tun. Graf Schulenburg erklärte, es stehe für ihn außer Zweifel, daß der Kaiser am Spätnachmittag durch den Vortrag des Feldmarschalls und Groeners seinen Entschluß geändert habe und noch in der Nacht nach Holland abgereist sei.

Dazu schreibt Generalfeldmarschall von Hindenburg: "Die 'Freiheit' hat eine Denkschrift des Generals Schulenburg über die Vorgänge am 9. November in Spa veröffentlicht. Die darin gegebene Darstellung ist einseitig tendenziös gefärbt und nicht durchweg objektiv zutreffend. Sie enthält sehr wesentliche Irrtümer und Unrichtigkeiten in bezug auf die Auffassungen und Äußerungen der beteiligten Persönlichkeiten und beweist, daß der General über die tatsächliche Lage nicht genügend unterrichtet war. Weder ich noch der erste Generalquartiermeister beabsichtigen, in eine in der gegenwärtigen Zeit höchst unerwünschte Zeitungspolemik einzutreten. Die Ereignisse des Herbstes 1918 sind amtlich im Verichte der Obersten Heeresleitung niedergelegt. Alle irgendwie beteiligten Persönlichkeiten haben Originalberichte aufgestellt, damit späterer Legendenbildung vorgebeugt wird, gez. v. Hindenburg."

Um Danzig.

Berlin, 5. April. Die Verhandlungen in Spa haben zu einem für uns leidlichen Ergebnis geführt. Es dürfte sich für Frankreich dabei weniger um Danzig als um Frankreichs ganzes Prestige handeln. Dieses stand auf dem Spiel, nachdem Amerika und England den französischen weitgehenden Ansprüchen auf Schaffung eines mit starker Macht ausgestatteten polnischen Reiches sich widersetzt hatten. In einer Tatsache des Einmarsches der aus Polen bestehenden Truppen der Entente konnten wir ja auf Grund des Waffenstillstandes übernommenen Verpflichtungen nicht vorbeikommen. Es konnte sich nur darum handeln, die unübersehbaren Schäden fernzuhalten, die aus dem von der Entente anfangs geplanten Vorgehen sich ergeben hätten. Wenn wir auch noch nicht ganz über den Berg sind, wenn auch noch genug Inzangeln verbleiben, so kann man doch mit der jetzt geschaffenen Lösung sich zufrieden geben. Darüber freilich ist kein Zweifel: Daß des Weindischen und Schmezzlichen noch gerade genug übrig bleibt. Und nicht nur das: Die Erfüllung der Abmachung hinsichtlich der nicht nur Tage, sondern vielleicht Wochen dauernden Durchführungen der Ententetruppen durch deutsches Gebiet wird nicht dazu beitragen, unsere jetzt schon weit über die Grenzen der Leistungsfähigkeit hinaus angepannten Verfehrsmittel zu entlasten. Nur der Gedanke, daß durch die jetzige Lösung eines sehr kritischen Konfliktes die alsbaldige Herbeiführung eines Friedenszustandes nicht beeinflusst wird, kann uns über all die niederdrückenden Empfindungen hinweghelfen, die wir angesichts dieser ganzen Erörterungen haben müssen.

Der Reichswirtschaftsrat.

Berlin, 5. April. Das Kabinett hat die nachstehenden Abänderungsvorschläge zu Artikel 34 der Reichsverfassung angenommen: Die Arbeiter sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamtwirtschaftlichen Entfaltung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Die beiderseitigen Organisationen und ihre tariflichen Vereinbarungen werden anerkannt. Die Arbeiter erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen nach Betrieben und Wirtschaftsgebieten gegliederte gesetzliche Vertretungen in Betriebs- und Bezirksarbeiterräten und einem Reichsarbeiterrat. Die Bezirksarbeiterräte und der Reichsarbeiterrat treten zur Erfüllung gesamtwirtschaftlicher Aufgaben und zur Mitwirkung bei der Ausführung der Sozialisierungsgesetze mit den Vertretungen der Unternehmer zu Betriebswirtschaftsräten und einem Reichswirtschaftsrat zusammen. Sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung sollen von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung beim Reichstage dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Der Reichswirtschaftsrat hat das Recht, selbst solche Gesetze beim Reichstage zu beantragen, die ebenso wie Vorlagen der

Reichsregierung oder des Reichstages zu behandeln sind. Den Arbeiter- und Wirtschaftsräten können auf den ihnen überwiesenen Gebieten Kontroll- und Verwaltungsbefugnisse übertragen werden. Aufbau und Aufgaben der Arbeiter- und Wirtschaftsräte sowie ihr Verhältnis zu anderen sozialen Selbstverwaltungskörpern werden durch Reichsgesetz geregelt. Diefem Zusatzartikel soll eine ausführliche Begründung beigegeben werden.

Die vereitelte Revolte.

Die Mitteilung, welche die Regierung dieser Tage über eine geplante Militärrevolte machte, konnte im Grunde nicht überraschend kommen. Es war in politischen Kreisen schon seit längerer Zeit bekannt, daß innerhalb einzelner militärischer Formationen von spartakistischen Elementen eine starke Propaganda zum Zwecke des Sturzes der Regierung und Sprengung der Nationalversammlung betrieben wurde. Man ging dabei raffiniert zu Werke. Spartakisten trängten sich in solche Formationen und betrieben unter Ausnutzung vielfältiger Verstimmungen über rein persönliche, vermutliche oder auch wirklich vorhandene Unstimmigkeiten eine Aufregung, die ihre organische Zusammenfassung durch einen groß angelegten Militärdurchbruch erfahren sollte. Die Auflösung des Regiments Augusta in Berlin lag schon in der Richtung dieser Regierungsmahnmahmen. Es hatte sich herausgestellt, daß von Mitgliedern dieses Regiments — es handelt sich dabei um das Ersatzregiment, das niemals draußen im Felde war — des Nachts über die Kasernenhöfe hinweg an Zivilisten Gewehre und Maschinengewehre abgegeben wurden. Die Waffensammlungen, die auf diese Weise wieder an zweifelhafte Elemente in Berlin kamen, sind außerordentlich groß. Die Hauptagitation wurde aber schon nach dem Zusammenbruch des letzten Spartakistenaufstandes in Berlin von dort nach Leipzig verlegt. Im Bezirke des vierten Armeekorps wurde eifrig die Vorbereitung betrieben, die aber der Regierung nicht unbekannt blieb. Als die Dinge so weit vorgeschritten waren, daß die Agitatoren sich des Rückhalts der aufbewachten Truppen sicher fühlten, versuchten sie bei den Berliner Formationen auf Anschluß und gemeinsames Vorgehen hinzuwirken. In diesem Augenblicke griff die Regierung zu. Sie muß auch diesmal wieder feststellen, daß die Aufwiegelung von Mitgliedern der Unabhängigen mit betrieben wurde. Die Regierung wird wegen ihres Vorgehens naturgemäß von den Unabhängigen wild angegriffen. Die Aufwiegelung der niedersten Instanz einer gewissen Bevölkerungsschicht, die ja in Großstädten immer anzutreffen ist, wird erneut betrieben. Es ist kein leichter Kampf, den die Regierung auszufechten hat, und es ist tragikomisch, daß die gegenwärtigen sozialistischen Machthaber im angeblichen volksbeglückenden Zukunftsstaate ihre Herrschaft auch mit keinen anderen Mitteln aufrecht zu erhalten vermögen, als mit denen des alten, so viel geschmähten Regimes, nur mit dem Unterschiede, daß es jetzt zu Formen bei der Anwendung dieser staatlichen Machtmittel kommt, wie wir sie in früheren Jahren nie erlebt haben.

Neuerliche Gärung in Berlin.

Berlin, 6. April. Die Anzeichen mehrten sich, daß die Woche des Rätekongresses von den Spartakisten und dem ihnen nahestehenden linken Flügel der Unabhängigen zu einer letzten großen Machtprobe mißbraucht werden soll. Die Genannten sehen in den Freiwilligenkorps mit Recht die Hindernisse des Umsturzes und der Anarchie. Da sie ihnen nicht anders beizukommen vermögen, versuchen sie den einzelnen, der sich anwerben läßt, abzuschrecken. Die spartakistische Reuenerkommission in Essen hat ihnen die tiefste Verachtung ausgesprochen, ihren wirtschaftlichen Boykott angehängt und beschloffen, sie wie die Pest zu meiden. In der Versammlung der Berliner Arbeiter- und S.-Räte ist auf Antrag des Kommunisten Herfurth den Freiwilligenverbänden schärfste Verachtung ausgesprochen und ebenso die künftige Aussprechung der Freiwilligen angedroht worden.

Die Regierungstruppen haben in den schlimmsten Tagen die Republik vor der Zerschöpfung bewahrt. Die Reichsregierung wird ihnen das nie vergessen. Der Reichswehrminister Noske hat die Photographien der von Spartakisten niedergeworfenen Regierungssoldaten veröffentlicht lassen, was die Unabhängigen von Drucker zu Drucker zu verhindern suchten. Es ist ihnen nicht gelungen, und die Bilder geben die von Noske versprochene Beantwortung der Behauptung Noskes in der Nationalversammlung, daß keine Ausschreitungen gegen die Regierungssoldaten vorgekommen seien.

Tagesmeldungen.

Die Proklamierung der Räterepublik in München.

München, 5. April. Veranlaßt durch die politischen Ereignisse, hatte der Zentralrat die sämtlichen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenauschüsse, die Betriebsräte und die Delegierten aller Verbände für heute vormittag zu einer Besprechung der politischen Lage zusammengerufen. Nachdem der Vorsitzende des Münchner Arbeiterrates Wimmer die Versammlung mit einer kurzen Ansprache begrüßt hatte, nahm der Soldatenrat Hingelbier das Wort zu einer längeren Rede, um über die allgemeine politische Lage zu sprechen. Der Redner gab einen Rückblick auf die letztvergangenen Ereignisse, wobei er sich mit Schärfe gegen die norddeutschen Absonderungsbestrebungen wandte. In München sei vorgestern der Versuch gemacht worden, ein Koalitionsministerium mit dem Zentrum und den bürgerlichen Parteien zu bilden. Hand in Hand damit sei die Einberufung des Landtags gegangen. Der Zentralrat habe dagegen Stellung genommen und durchgesetzt, daß beide Absichten vereitelt wurden. Gestern sei auf Grund der aus dem

ganzen Lande einlaufenden Nachrichten der Entschluß ge-
faßt worden, die Räterepublik sofort anzubahnen. Die
Räterepublik werde proklamiert. (Anhalten-
der stürmischer Beifall.) Weitere Ausführungen widmete
der Redner dem Problem der Sozialisierung unter der
Räterepublik, wobei er u. a. erklärte, daß eine Gruppen-
sozialisierung, eine Ueberführung der Betriebe in das Eigen-
tum der in den Betrieben tätigen Arbeiter oder Angestellten
unmöglich sei, weil dies dem Prinzip des Sozialismus und
Kommunismus widerspreche. An dem Beispiel von Ungarn
verweisend, erinnerte der Redner sodann an die unge-
heure Bedeutung der bevorstehenden Er-
eignisse in München für Deutschland und den gan-
zen Kontinent, die für das Proletariat eine neue Etappe
seiner Geschichte eröffnen. Wir werden dazu gelangen,
schloß Klingelöfer, daß die gesamte Menschheit geeinigt und
daß es keine Feindschaft mehr geben wird.

In der sich anschließenden Aussprache machte der Führer
der hiesigen Kommunisten Dr. Levin seine lebhaftesten Be-
denken geltend gegen den Plan der Errichtung einer Räte-
republik unter den obwaltenden Umständen. In der Aus-
sprache wurde erklärt, daß die Ortsgruppe München der
Kommunistischen Partei Deutschlands diese Räterepublik
als eine Staatsform ansehe, die über die Köpfe der Massen
hinweg von einer Körperschaft gebildet werde, deren Mit-
glieder das Vertrauen der Massen bisher nicht genossen
haben. Einzig eine Räterepublik, die sich rückhaltlos auf
den Boden des Kommunismus stelle, das heißt die ihr
Recht zur Diktatur aus dem Willen der gewaltigen
Mehrheit des Klassenbewußten Proletariats schöpfe und die
sich auf die Räteorganisationen in den Betrieben stütze, könne
anerkannt werden. Des weiteren sprach der zweite Vor-
sitzende des Gewerkschaftsvereins Schiefer, der für eine
Einigung des Proletariats eintrat. Schließlich
machte noch Delegierter Wolf für die Staatsbe-
amten unter lebhaftem Beifall der Versammlung Mittei-
lungen von einem im Einvernehmen mit dem Zentralkrat
von der bairischen Beamtenvereinschaft an alle K., S., B.
und S.-Räte sowie alle bairischen Beamten heute hinaus-
gehenden Telegramm, in dem u. a. Staats- und Gemeinde-
beamte aufgefordert werden, weiterhin ihre Pflichten zu er-
füllen, daß dann aber auch die K., S., B. und S.-Räte ihren
Schutz übernehmen. Die Rätegewalt könnten nur Beamte
ausüben, die sich vorbehaltlos auf den Boden der neuen
Verhältnisse stellen. Der dann von Soldatenrat Klingel-
öfer ausgearbeitete Schluß auf die kommunistische
Räterepublik fand begeisterte Zustimmung.

München, 6. April. Die Zeitungen der Unabhängigen
und Kommunisten sind am Sonntag in Sonderausgaben
erschienen. In einer Massensammlung am Sonnabend
sprach Minister Unterleitner von den Unab-
hängigen. Er führte u. a. aus: Dem Weltkriege ist der
gigantischste Klassenkampf gefolgt, den die Weltgeschichte je
erlebt hat. Die Bewegung ist aber noch nicht zu
Ende. Noch sind Kräfte am Werke, um die Kraft der revo-
lutionären Arbeiter zu unterdrücken. Jetzt soll die
Räterepublik kommen und der Sozialismus
verwirklicht werden! Wir geben den Bayern wie-
der den Anstoß zu der neuen Bewegung und werden in
Deutschland vorangehen in der Einigung des ge-
samten Proletariats. In Bayern kann und darf es keinen
Roske geben. Wir haben in Bayern keine Weiße Garde.
Aber wir wollen jetzt eine Rote Garde schaffen.
(Stürmischer Beifall.) Von allen Städten Bayern treffen
Nachrichten ein, daß sie die Räterepublik begrüßen. Wir
werden unseren Brüdern in Rußland und Ungarn die Hände
reichen. Wir erwarten aber auch, daß sich unsere Brüder
in Frankreich, England, Italien und Amerika uns an-
schließen. Dann hat der Sozialismus den Sieg errungen.
Roske, Scheidemann und seine Genossen
werden hinweggefegt werden wie Wil-
helm II. und Ludwig III.

München, 6. April. Die Proklamation der Räterepublik
ist heute nacht erfolgt und hat folgenden Wortlaut:

An das Volk in Bayern! Die Entscheidung ist
gefallen. Bayern ist Räterepublik! Das werk-
tätige Volk ist Herr seines Geschicks. Die revolutionäre
Arbeiterklasse und Bauernschaft Bayerns, darunter auch alle
unsere Brüder, die Soldaten sind, durch keine Parteigenes-
sen mehr getrennt, sind sich einig, daß von nun an jegliche
Ausbeutung und Unterdrückung ein Ende haben muß. Die
Diktatur des Proletariats, die nun zur Tatsache geworden
ist, bezweckt die Verwirklichung eines wahrhaften sozialen
Gemeinwesens, an dem jeder arbeitende Mensch sich im
öffentlichen Leben beteiligen soll, einer gerechten sozialisti-
sch-kommunistischen Wirtschaft. Der Landtag, das unfruchtbare
Gebilde des überwundenen bürgerlich-kapitalistischen Zeit-
alters, ist aufgelöst, das von ihm eingesetzte Mini-
sterium zurückgetreten. Von den Räten des arbei-
tenden Volkes bestellte, dem Volke verantwortliche Ver-
trauensmänner erhalten als Volksbeauftragte für bestimmte
Arbeitsgebiete außerordentliche Vollmachten. Ihre Ge-
hälter werden bewährte Männer aus allen Richtungen des
revolutionären Sozialismus und Kommunismus sein. Die
abstehenden städtischen Kräfte des Beamtenstands,
zumal der höheren und mittleren Beamten, werden zur tat-
kräftigen Mitarbeit am neuen Werk aufgefordert.
Das System der Bürokratie aber wird unverzüglich aus-
gerottet. Die Presse wird sozialisiert. Zum
Schutz der bayerischen Räterepublik gegen reaktionäre Ver-
suche von außen und innen wird sofort eine Rote Armee
gebildet. Ein Revolutionsgerichtshof wird jeden Anschlag
gegen die Räterepublik sofort rückstandslos ahnden. Die
bayerische Räterepublik folgt dem Beispiel der russischen und
ungarischen Völker. Sie nimmt sofort die biederliche
Verbindung mit diesen Völkern auf, dagegen
lehnt sie jedes Zusammenarbeiten mit der ver-

sächlichen Regierung Ebert-Scheidemann.
Roske-Erzberger ab, weil diese unter der Flagge
einer sozialistischen Republik die imperialistisch-kapitalistisch-
militärischen Geschäfte des in Schmach zusammengebrach-
ten deutschen Kaiserreiches fortsetzen. Sie ruft alle deutschen
Brüdervölker auf, den gleichen Weg zu gehen. Allen Pro-
letariern, wo immer sie für Freiheit und Gerechtigkeit, wo
immer sie für den revolutionären Sozialismus kämpfen, in
Württemberg und im Ruhrgebiet, in der ganzen Welt, ent-
bietet die bayerische Räterepublik ihre Grüße. Zum Zeichen
der freudigen Hoffnung auf eine glückliche Zukunft für die
ganze Menschheit wird hiermit der 7. April zum National-
feiertag erklärt. — Zum Zeichen des beginnenden Abschieds
vom fluchwürdigen Zeitalter des Kapitalismus ruht am
Montag den 7. April 1919 in ganz Bayern die Ar-
beit, soweit sie nicht für das Leben des werktätigen Volkes
notwendig ist, worüber gleichzeitig nähere Bestimmungen
ergehen. Es lebe das freie Bayern, es lebe die Räterepublik,
es lebe die Weltrevolution!

München, 7. April. Die Korrespondenz Hoffmann
meldet amtlich: Telegramm an sämtliche Ar-
beiterräte! Das werktätige Volk Bayerns hat seine
Parteien überwunden und sich zu einem mächtigen Ein-
heitsblock gegen jede Herrschaft und Ausbeutung zusam-
mengeschlossen. Es übernimmt in den K., S. und B.-Räten
die ganze öffentliche Gewalt. Der Landtag wird
aufgelöst. An die Stelle der Minister treten die Bevoll-
mächtigten und Kommissare des Volkes. In den öffentlichen
Angelegenheiten herrscht vollkommene Ordnung. Die
Wirtschaft und die Verwaltung werden fortgeführt. Alle
Angestellten- und Beamtenverbände des Landes haben sich
mit den Arbeitern solidarisch erklärt und gewährleisten ge-
meinsam den Schutz und den Fortgang der Produktion.

Die Betriebe werden durch Betriebsräte der Arbeiter
und Angestellten kontrolliert und gemeinsam mit der Lei-
tung verwaltet. Alles gehört der Gemeinschaft. Darum ist jede
selbständige Sozialisierung ausgeschlossen.

Die K., S. und B.-Räte haben die Pflicht, überall für
den Schutz der Räterepublik und für die ruhige Entwic-
klung zu sorgen; sie übernehmen die örtliche Gewalt und
kontrollieren die Verwaltung. Sie sind dem werktätigen
Volk für alle Handlungen und Unterlassungen verantwor-
lich. Montag den 7. April ist Nationalfeiertag. Die Arbeit
ruht an diesem Tage. Die Eisenbahnen, die Nahrungs-,
Wasser-, Licht- und Heizwerke versorgen das Volk weiter.
Der revolutionäre Zentralkrat Bayerns. J. A. Richter.

München, 6. April. Eine außerordentliche bayerische
Landeskonferenz der sozialdemokratischen Partei hat sich mit
42 gegen 8 Stimmen aus politischen und wirtschaftlichen
Gründen gegen die Einführung der Räterepublik im Volks-
staate Bayern erklärt.

München, 6. April. Die Mitgliederversammlung des
sozialdemokratischen Vereins Münchens erklärte sich gegen
die Einführung der Räterepublik in Bayern. Sollte sich die
Mehrheit der Bevölkerung trotzdem für die Räterepublik
entscheiden, so bleiben die Mitglieder des sozialdemokra-
tischen Vereins neutral, um im Interesse des Volksganzen
der zukünftigen Regierung keine Schwierigkeiten zu be-
reiten. Die Versammlung verlangt aber von allen Mit-
gliedern, daß sie jede Uebernahme von Regierungs- oder
Verwaltungsstellen ablehnen und damit die volle Verant-
wortung denen überlassen, die der bisherigen Regierung
eine geordnete Fortführung ihrer Geschäfte unmöglich
machen.

Bamberg, 6. April. Ueber die von einem Berliner
Blatte gemeldete Verlegung der bayerischen Regierung und
Landesversammlung ist hier nichts bekannt.

Der Streik im Ruhrrevier.

Essen a. d. Ruhr, 6. April, mittags. Der General-
streik teilt mit: Bis jetzt stehen von den Bergwerken
des rheinisch-westfälischen Industriegebietes 221 Betrieben mit
372000 Bergarbeitern im Generalstreik. Die Ar-
beiterschaft des Elektrizitätswerkes, von dessen
Stromnetz die Licht- und Kraftstromversorgung aller Städte
angeschlossen. Für die Versorgung der öffentlichen An-
stalten und Krankenhäuser mit Licht und Kraft hat die
Zentralleitung die Notstandsarbeit ausgesprochen. Die
Angestellten der Essener Straßenbahnen haben sich
dem Generalstreik angeschlossen. Der Betrieb ruht. Sämt-
liche Streikenden hoben sich mit den Forderungen der revo-
lutionären Bergarbeiter solidarisch erklärt.

Essen a. d. R., 6. April. Die Stadt und die ganze Um-
gebung liegen völlig im Dunkel.

Düsseldorf, 5. April. Die Generalstreikkommission in
Düsseldorf beschloß mit 16 gegen 6 Stimmen, daß am
6. April mittags 12 Uhr der Generalstreik mit unbestimm-
ter Zeitdauer beginnt. Ausgenommen werden nur das
Postwerk, die Lebensmittelversorgung, das Sanitäts- und
Sicherheitswesen sowie die Feuerwehr.

Düsseldorf, 6. April. Die am Sonnabend ihre Tätig-
keit beginnende Nachtschicht hat als erste die Arbeit ver-
weigert. Da dies nur ein kleiner Teil der Arbeiterschaft
ist, wird sich erst am Montag zeigen, wie weit der Aus-
forderung, in dem Generalstreik einzutreten, nachgekommen
wird. Für annähernd 20000 Arbeiter haben abgestimmt,
während sich 70-80000 enthalten haben. Schon heute steht
fest, daß große Teile der Arbeiterschaft sich nicht am Streik
beteiligen werden.

Düsseldorf, 6. April. Der für heute mittags verkündete
Generalstreik hat bisher die Wirkung gehabt, daß um
3 Uhr der Betrieb der sächsischen Straßenbahnen wegen
Strommangels eingestellt werden mußte. Nachmittags
sah unter freiem Himmel eine große Versammlung der
Kommunisten statt. Im Anschluß daran bewegte sich ein
Demonstrationszug durch die Straßen der Stadt. Auf der

Röntgen-Allee seien einige Schüsse, doch ist, soweit bisher
bekannt ist, niemand verletzt. Die größeren Restaurants
und Kaffees haben freiwillig ihre Betriebe geschlossen. Die
Sicherheitsmaßnahmen der Regierungstruppen
sind sehr umfassend. Auch Flugabwehrgeschütze sind
zum Schutze der öffentlichen Gebäude aufgestellt.

Ultimatum der streikenden Bergleute.

Nachdem die Reuenerkommission in Essen mit einer Ab-
ordnung der streikenden Bergleute eine Besprechung gehabt
hatte, wurden Sonnabend, soweit der überall verhängte Be-
lagerungszustand dies zuließ, Versammlungen ab-
gehalten und bekanntgegeben, daß man den Zedenerverwal-
tungen ein bis Mittwoch befristetes Ultimatum
stellen werde. Wenn bis dahin die Forderungen der Aus-
ständigen nicht angenommen seien, würde man auch die Not-
standsarbeiten auf den Zedern einstellen. Die Folge wäre
ein Zubruchgehen sämtlicher Zedern.

Die Haltung der christlichen Arbeiter bei Krupp.

Essen, 6. April. Eine von den christlich-sozialen
Arbeitern der Firma Krupp im katholischen Vereins-
hause abgehaltene stark besuchte Versammlung eroberte
einen Protest gegen den auf den Kruppischen Werken
verkündeten Generalstreik und beschloß, Montag
früh geschlossen zur Arbeit wieder zu er-
scheinen und allen terroristischen Versuchen, die Arbeits-
willigen gewaltsam von der Arbeit fernzubalten, mit här-
tem Nachdruck entgegenzutreten.

Der Zusammenbruch des Stuttgarter Generalstreiks.

Stuttgart, 6. April. Nach einem amtlichen Bericht
der Staatsregierung von gestern Abend ist die Regierung
in Stuttgart durchaus Herrin der Lage. Der Streik
ist vollständig ruhig verlaufen. Der Generalstreik der
Spartakuleute ist kläglich zusammengebrochen.
Die Streikleitung ist bereits am Donnerstag größtenteils
verhaftet worden. Die Durchsuchung der Wohnung
und der einzelnen Bezirke Stuttgarts nach Waffen und
verdächtigen Personen hat seit Freitag begonnen. Bis her
wurden etwa 300 Schusswaffen eingebracht. Das wirt-
schaftliche Leben ist seit Sonnabend fast in vollem Gange.
Die Läden sind geöffnet. Die Straßenbahn hat nachmit-
tags mit ihrem Betriebe wieder begonnen. Die Arbeiterschaft
hat schon seit Freitag in großem Umfange die Arbeit wie-
der aufgenommen. Auch die Postbestellung hat begonnen.
Die Eisenbahn verkehrte am Sonnabend in beschränktem
Umfange. Am heutigen Sonntag ruht ihr Betrieb ganz.
Am Montag wird der volle Betrieb wieder aufgenommen.

Die dänischen Lebensmittellieferungen eingestellt.

Die Ausfuhr von Lebensmitteln aus Dänemark
nach Deutschland, die in der letzten Zeit in Uebereinstimmung
mit den Alliierten stattgefunden hat, ist plötzlich dänischerseits
eingestellt worden. Wie vermutet, soll diese unvermutete
Einstellung mit den schwierigen deutschen Bezugsver-
hältnissen zusammenhängen. Wie bekannt, hat die
Entente Deutschland das Verbot auferlegt, seine Verpflichtungen
zu den neutralen Ländern mit Geld zu begleichen. Da
die dänischen Guthaben in letzter Zeit gestiegen sind infolge
der Lebensmittellieferungen, und man dänischerseits die
gestellten Sicherheiten nicht als genügend erachtet, hat man
gegläubt, trotz der schweren Zwangslage Deutschlands zu
dieser Maßnahme schreiten zu müssen. Es sind bereits Be-
strebungen im Gange, die Schwierigkeiten zu beseitigen,
doch sind die Aussichten hierfür im Augenblick nicht günstig.

Graf Brockdorff zum Völkerbund.

Berlin, 7. April. Graf Brockdorff-Rantzau gewährte
einem Vertreter des „Berl. Tagebl.“ eine Unterredung, über
deren Verlauf das Blatt berichtet; Auf die Frage, ob der
Reichsminister des Innern glaube, daß Deutschland sich
künftig Bundesgenossen zu suchen habe, antwortete Graf
Brockdorff: Es scheint, als ob die ganze Welt wieder von
der Angst vor den übermächtigen Koalitionen befallen sei.
Es ist sicher richtig, daß gute Bündnisse der Entwicklung der
beteiligten Staaten auf Jahrzehnte genutzt haben, aber es
müssen endlich mal neue Wege gegangen werden. Ueber
Bündnisse irgend einer Art kann also erst dann gesprochen
werden, wenn es sich erweisen sollte, daß die kommenden
Friedensverhandlungen keine Plattform für die ehrsüchtige
Durchführung des Völkerbundes zu schaffen vermögen, der
schon einmal als eine Gesellschaft gleichberechtigter Natio-
nen charakterisiert.

Aus Stadt und Land

Dresden, 7. April 1919.

—* Nahrungsmittelverteilung. Von den laufenden Dresd-
ner Nahrungsmittelkarten werden beliebig Abschnitt III der gelben Nahrungsmittelkarte A mit 1/2 Pfund Getreide und 1/2 Pfund Zwieback oder Reis, Abschnitt III der roten Nahrungsmittelkarte B mit 1/2 Pfund Getreide, Abschnitt III der grünen Nahrungsmittelkarte C mit 1/2 Pfund Getreide, Abschnitt III der blauen Nahrungsmittelkarte D mit 1/2 Pfund Getreide.

—* Kaffee-Ersatz, Eier und Nahrungsmittel. Für das Ge-
biet der Stadt Dresden werden die Vorschriften über die Regelung
des Verkehrs mit Kaffee-Ersatz und mit Eier von Hühnern, Gän-
sen und Enten aufgehoben. Der Verkehr des Kaffee-Ersatzes regelt
sich in Zukunft nach den Vorschriften des Preisauswahlausses für Kaffee,
Tee und deren Ersatzmittel. Der Handel mit Inlandseieren wird
freigegeben. Für die Versorgung der Krankenhäuser, Kliniken, Lazare-
tten und Hauskranken mit Eiern bleibt besonders Regelung vorbe-
halten. Für die Verteilung der aus dem Ausland eingeführten Eier
bleibt die Reichssteuer für Nahrungsmittel und Eier zuständig. Dieser
wird aufgehoben die Bestimmung über die bevorzugte Verteilung
mit Nahrungsmitteln der in Volkshäusern untergebrachten Jugend-
beiderlei Geschlechts, da Lebensmittelzulagen grundsätzlich nicht mehr
gegeben werden können.

—* Bessere Seefischversorgung. Die Seestemmer Fisch-
handelsgesellschaft hat bei der Nationalversammlung um sofortige
Wiederherstellung des freien Handels mit Fischern nachgehakt, da dies
nach ihrer Ueberzeugung allein die Gewähr biete, daß deutsche Fisch-
ausfuhr und preiswert mit Fischmehl zu versorgen. Die Ge-
sellschaft hofft, daß die Reichsregierung dieser Erkenntnis nach
verfahren wird. Denn die F. G. G., wie auch die anderen hanti-
schen Stellen haben mit der Seefischversorgung vollkommen versagt.

Was heringebacht worden sei, sei nur verschwindend gering und verhältnismäßig teuer gewesen. Wie in Dresden hier können dies nur bedauern. Denn wie selten ist es in der Kriegszeit hier einem Verbraucher einmal möglich geworden, etwas frisches Gemüse oder einen Salat zu erlangen. Die vereinigten Gemüse- und Fleischhändler wollen nun diesen Mangel ersichtlich beheben und die Konsumenten aufmuntern, die erforderlich sind, die Vorbedingung für eine ausreichende Einfuhr zu schaffen. Dampfschiffe, Kühlwagen und Kühlhäuser sollen zur Verfügung gestellt und die Ordnung des Verkehrs bis ins kleinste geordnet werden. Ohne Zwischenhandel wollen sie in eigenen Verkaufsstellen die Ware auf den Markt bringen. Sollten sich diese Voraussetzungen erfüllen können, so ist wohl anzunehmen, daß diese Bestrebungen der Gemüse- und Fleischhändler bei den zuständigen Staatsstellen die größte Unterstützung finden werden.

Die Sommerzeit. Der Staatsauschuss hat dem Gesetzentwurf über Einführung der Sommerzeit für das laufende Jahr zugestimmt, die für die Zeit vom 28. April bis 15. September 1919 in Aussicht genommen worden ist. Gegenüber allen Bedenken gegen ihre abermalige Einführung waren maßgebend die Ausführungen des Reichskohlenkommissars über die durch die Einrichtung tatsächlich namentlich bei den Gas- und Elektrizitätswerken erzielte Kohlenersparnis, die bei der gegenwärtig herrschenden Kohlenknappheit ganz besonders ins Gewicht fällt.

Am 4. April fand in der 4. katholischen Bezirksschule in Gegenwart des Bezirksschulinspektors Oberschulrat Dr. Prießel, eines Vertreters des kath. Schulvorstandes, der Lehrerschaft, der Eltern und der angemeldeten 80 Schülerinnen die Eröffnung der Mädchenfortbildungsschule statt. Direktor Bergmann begrüßte die Anwesenden und dankte der Schulgemeinde für die erheblichen Opfer, die sie gebracht hat, um das zeitgemäße Werk zu beginnen, sowie der Lehrerschaft für ihre umfangreiche Lehrplanarbeit. In zwei Nachmittagen werden die Teilnehmerinnen je drei Stunden schulgeldfrei unterrichtet in hauswirtschaftlichem Rechnen und Buchführung, Säuglings- und Kleinkinderpflege, Gesundheitskunde und Krankenpflege, Hauswirtschaftskunde und Kochunterricht, Kindererziehung und christliche Seelenpflege, weibliche Handarbeiten, Staatsbürgerkunde, Turnen, Singen und Vortragsübungen. Der Besuch ist freiwillig. Oberschulrat Dr. Prießel beglückwünschte den Schulvorstand und die Eltern zu dem wichtigen Werke und zeigte den Schülerinnen, wie folgenreich die Weiterbildung der heranwachsenden weiblichen Jugend für ein gesundes und christliches Familienleben sei. — Auch an den übrigen fünf Bezirksschulen sind in dieser Woche ebensolche Fortbildungsklassen eröffnet worden. Nach Ostern soll der Einbau der Kochkitchen erfolgen für die 1., 2., 4. und 5. Bezirksschule. Zugleich sind 16 Nähmaschinen angeschafft worden. Diese neue Tat des katholischen Schulvorstandes zeugt von weitsehendem und fortschrittlichem Geiste. Möge das Werk unter Gottes Segen wachsen, blühen und gedeihen!

(M.) Durch Verfügung des Ministeriums für Militärwesen vom 25. März ist angeordnet, daß bei der Auflösung des Heeres Unteroffiziere und Mannschaften der Jahrgänge 1898 und Älterer, die über den 1. April 1919 hinaus in ihren Dienststellen unentbehrlich oder krank sind, zum Suchen einer Stelle ein 14tägiger Urlaub mit Ge-

hörfnissen und Gewährung freier Eisenbahnfahrt bewilligt werden kann. Nach neuerer Verfügung kann derartige Urlaub auch Unteroffizieren und Mannschaften des Jahrgangs 1899 bei Rumpfbereitungen, Etappen, Behörden usw. gewährt werden, sofern sie nach Entscheidung des zuständigen Vorgesetzten in ihrer Dienststelle als unentbehrlich zurückbehalten worden sind, vom 1. April 1919 ab tatsächlich in ihrer Dienststelle weiter mindestens 4 Wochen Dienst getan haben und hiernach vorchriftsmäßig entlassen werden.

Der Volkskirchliche Laienbund für Sachsen trat gestern im Vereinshaus in der Annonenstr. zu seinem ersten Bundestage zusammen. Mittags fand zunächst eine Vertreterversammlung statt. Zum Schluß nahm die Versammlung die nachstehende Entschliessung einstimmig an: „Der Volkskirchliche Laienbund für Sachsen protestiert gegen die Anordnung einer sittlich-religiösen Unterweisung, die den Boden des evangelischen Glaubens verlassen soll; er sieht in der geplanten Entfernung der religiösen Unterweisung aus der Volksschule eine schwere Schädigung und Vergewaltigung der christlich-geheilten Bevölkerung und eine Verarmung der Schule. Der Volkskirchliche Laienbund fordert nach wie vor grundsätzlich für die Kinder in der Schule evangelischen Religionsunterricht.“

Die Leipzig-Dresdner Eisenbahn wird am 7. April 1919 achtzig Jahre alt. Von Leipzig aus ging der erste Zug; in Leipzig waren auch die Männer, denen das Unternehmen zu danken ist. So findet sich denn auch hier in den Anlagen zwischen Hauptbahnhof und Schwanenteich das Eisenbahndenkmal, dessen Inschrift die Geschichte dieser Bahn kurz angibt. Es heißt hier: „Leipzig-Dresdner Eisenbahn. Erste große Verkehrsbahn Deutschlands. Wurde angeregt 1833 durch Friedrich List, ins Leben gerufen durch Bürger Leipzigs Albert Dufour-Peronce, Gustav Hartert, Karl Lampe, Wilhelm Seyffert. . . 1. Spatenstich 1. März 1836. Eröffnung der Gesamtlinie 7. April 1839. Als Privatbahn erfolgreich betrieben bis 30. Juni 1876. Verkauf an den Staat beschlossen . . . 29. März 1876.“ Von den genannten Bürgern war List der berühmte Volkswirt, nach ihm ist die Friedrich-List-Straße benannt; ebenso entsprechend die Dufourstraße, Lampestraße, Hartertstraße und Wilhelm-Seyffert-Straße. Außerdem gibt es in den Anlagen am Georg-Ring ein Hartert-Denkmal; ein Seyffert-Denkmal steht im Johannapark. So lebt die Geschichte Leipzigs in Denkmälern und Straßennamen fort. Uebrigens war die erste deutsche Eisenbahn jene zwischen Nürnberg und Fürth, eröffnet vier Jahre vor der Leipziger St.

Grimma. Amtshauptmann Geheimrat von Bose nahm in einem in der letzten Bezirksauschussung verlesenen Schreiben Abschied vom Bezirk. Zum bleibenden Andenken beschloß der Bezirksauschuss, zwei Stiftungen zu errichten, eine für die Bezirksanstalt aus den Beiträgen, die der Scheidende in seiner Eigenschaft als Direktor der Bezirksanstalt nicht erhoben hat und die sich auf 4500 Mark belaufen, die andere für den Bezirk aus

dem sogenannten gemeinnützigen Bezirksfonds, der auf Veranlassung des Geheimen Rates von Bose aus freiwilligen Beiträgen angeammelt worden ist und sich jetzt auf 10000 Mark beläuft. Die Stiftungen werden den Namen des Scheidenden tragen. — Seit dem Abgang des Geheimen Rates von Bose führt Regierungsrat Dr. v. Schwarz die Geschäfte der Amtshauptmannschaft Grimma.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

Dresden-Joh. Dienstag, den 8. April, wird um 1/2 11 Uhr eine kurze Besprechung der Helfer und Helferinnen der Herz-Jesu-Gemeinde im Vereinszimmer der „Union“, Sültenstraße 7, stattfinden. Nicht nur vollständiges, sondern auch pünktliches Erscheinen aller ist erwünscht, da um 1/2 8 die Übungsstunde des Kirchenchores beginnt.

Dresden-Joh. Um allen Gemeindegliedern die Teilnahme an der vom katholischen Schulvorstand für diesen Samstag geplanten Katholikentag-Veranstaltung zu ermöglichen, ist die Beihilfe in der Herz-Jesu-Kirche für diesen Samstag auf die Stunden von 4-6 Uhr 1919 legt worden.

Dresden. Kathol. Gesellenverein. Die Schmittmitglieder werden ersucht, heute abend 1/8 11 Uhr zu der Versammlung zahlreich erscheinen zu wollen. (Nicht um 7 Uhr wie die Einladung lautet.)

Leipzig. Volksverein f. d. L. D. (sämtl. Ortsgruppen von Leipzig). Donnerstag, 10. April, abends 1/8 11 Uhr im „August-Schmidt-Haus“, Dresdner Straße 7, Vortrag von Hl. Dr. Gebert, Thesen: „Der Kampf um die christliche Schule“. — Eintritt frei! — Erscheinen aller kath. Jünglinge, Männer, Frauen und Jungfrauen ist wünschenswert!

Zwickau. Katholischer Jünglings-Verein. Dienstag abend ist regelmäßig für die ältere Abteilung angeordnet, Gesangsabend in der „Saxonia“ mit beliebiger Unterhaltung, Gesang, Violin und Mandolinenspiel, Stat und Doppelstüb, wobei auch der Präses gerufen wird.

Jittau. Im Zeichen wahrer Jugendpflege fand die neugegründete Woche. Jeden Abend — acht Tage hindurch — versammelten sich die Mitglieder des kathol. Jünglings- und Gesellenvereins in dem zur Kapelle umgewandelten Saale des Jugendheimes. Hier lauschten sie den Vorträgen eines fremden Priesters. Der Sonntag rief alle zur hl. Eucharistiefeier. Und am Montag wurde ein Elternabend für unsere jetzt die Schule verlassende Jugend und Angehörige veranstaltet. Gesangsabende sowie ein Theaterstück des Schützengilden „Heimgeliebte“, umrahmten den Vortrag des Herrn Jahrganges Otto über „Pflichten der Eltern und Aufgaben der Jugendvereine“. Der Erfolg war, daß alle Schülertypen bis auf zwei ihren Eintritt in den Jünglingsverein erklärten. Die Veranstaltung war sehr gut besucht. Möge nun das neue Vereinsjahr immer besser verlaufen als unsere Jugend in ihren Stabvereinen.

Kirche und Unterricht

Leipzig. Priesterjubiläum. Mit der Feier im kathol. Kirchenchor St. Trinitatis am 28. März nahm die Reihe der jubelnden Festlichkeiten, die das Jubiläum unseres Pfarrers P. Josefberger zum Gegenstande hatten, ihren Abschluß. Die kirchliche Feier fand am 16. Februar statt. Herr Pfarrers Knieble hielt das jubelnde verarmelter Gemeinde die Festpredigt. Weil wegen der Begehrtheit von einer allgemeinen Gemeindefeier abgesehen werden mußte, beehrte die einzelnen Vereine dem sehr besetzten Auditorium. Der Jubiläumabend, 18. Februar, verbrachte der Jubilar in Gesellschaft des Lehrerkollegiums der 1. kath. Bürgerschule im Deutschen Hause.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hauptkassiermeister Paul Schlein; für den Inseratenteil: Erwin Schön. — Druck und Verlag der „Saxonia-Verlagsdruckerei G. m. b. H.“ in Dresden.

Meine Verlobung mit Herrn Paul Sandrick erkläre ich hiermit meinerseits für aufgehoben. Dresden, 6. 4. 1919. Gertrud Volkmann. Bilanz- u. abschlußrechner Buchhalter 37 Jahre alt, ledig, mit Buchf., Kontorarbeiten, Bank- u. Kassawesen voll vertr., sucht dauernde Stellung. Offert. an R. Viehsch. Schirgswalde, Buchstr. 283 et b.

Sonnabend, den 12. April 1919, abends 7 Uhr veranstalten die katholischen Schulen Dresdens im großen Saale des „Vereinshauses“, Zinzendorfstraße 17, eine Elternversammlung. Redner: Herr Justizrat Dr. Eibes. Die Mitglieder unserer Gemeinde, sowie alle, die für Erhaltung der konfessionellen Schule eintreten, sind herzlichst dazu eingeladen. Schulpflichtige Kinder haben keinen Zutritt.

Die deutschen Katholiken und die neue Zeit. Vortragskizzen im Auftrage des Aktionskomitees des kath. Klerus in Dresden herausgegeben von Dr. J. Nagwor, Dr. W. Otto und Dr. F. X. Soppa. Bisher sind erschienen: Heft 1: Die deutschen Katholiken und die neue Zeit. Von Dr. Otto. Heft 2: Das Problem der Trennung von Staat und Kirche und die Stellung der deutschen Katholiken zu demselben. Von Professor Dr. F. X. Soppa. Heft 3: Trennung von Schule und Kirche? Von Dr. Nagwor. Heft 4: Vorsehung und Völkerrückfall. Von W. Otto-Gottschalk S. J. Heft 5/6: Grundriss zum Programm des Zentrums als einer christlich-demokratischen Volkspartei. Von Dr. G. Schlemmann. Heft 7: Freiheit für unsere Orden. Von Koninkortalauffe Dr. Oskar Pollak. Soeben neu erschienen: Heft 8: Die Sozialdemokratie am Ruder! Von Dr. Nagwor. Heft 9: Neue Rechte und Pflichten der katholischen Frauen. Von P. Augustin Köhler, C. S. S. R.

Pioniere! Wollt ihr allein zurückstehen, wenn es gilt, das sächsische Vaterland zu schützen? Die Abteilung hat für alle Dienstgrade noch viele Stellen offen. Meldet Euch bei der Pionier-Abteilung 3 der Grenzjäger-Abt. 3 in Pockau-Lengsfeld. Eingestellt werden Angehörige der Pionier- und Minenwerfer-Formationen. Meldungen schriftlich oder mündlich bei der Werbeabteilung der Freiwilligen Grenzjäger-Abteilung 3 in Pockau-Lengsfeld oder bei den in allen größeren Städten eingerichteten Grenzjäger-Werbestellen. Militärpapiere (Paß und Fiedler) sind mitzubringen. Hauptmann und Führer der Pionier-Abteilung 3 im Felde: 3. Res.-Pion.-Komp. 12. Minenwerfer-Komp. 28, Pionier-Bataillon 142.

Ich warne! alte und verbrochene Gebisse und einzelne Zähne nicht wegwerfen, da ich solche zu höchsten Preisen ankaufe. Zahle pro Gebiss bis Mk. 100.—, pro Zahn bis Mk. 1.—. Nur diesen Montag und Dienstag in Dresden, Hotel „Moldau“ Zimmer 10, Zahnkassen 4.

Fräulein. Vetter, alleinstehendes. sucht bei Herrn od. Dame Haushalt zu führen wo sie einige Möbel mitbr. kann. Dresden oder Umg. bevorzugt. Adresse: E. S. Kemmig Mühlstr. 26 pt. r.

Dresdener Lehranstalt für Musik. Direktor Organist Paul Walde. Fernruf Dresden-Neustadt Molancktonstraße 25. Sprechz. 19-1 A. * Fachschule für alle Zweige der Tonkunst für Beruf und Haus * Vertikale und Ausbildungsschule (Grund-, Mittel-, Oberstufe) : Aufnahme von Musiksch- und Vorkursisten für Klarinetten, Orgel, Harmonium, Streich- und Blasinstrumente, Gesang, Laute, Mandoline u. s. w. Theorie, Komposition, Musikgeschichte, Dirigierlehre, Kirchenmusik : Schüler-Orchester- und Chorklassen : Musikwissenschaftliche Vorträge, Kompositionen-Abende, Schüler-Vortragsabende und öffentl. Aufführungen : Eintritt jederzeit : Anmelde- wochentags 8-7 Uhr

Gummiwaren. Spül-, Putz- u. a. spülmaschinen Schläuche, Unterlagen, Luftschläuche, sämtlich aus Kautschuk. Frauenartikel. Verlangen Sie Spezialofferte! Frau Heusinger, Am See 17. Bürstenwaren Kammwaren etc. J. Rappel. Am- u. Obergraben 3 Kamenzer Straße 22 Fernsprecher 15612.

Achtung, Pfarrämter! Protesterklärungen zum Sammeln von Unterschriften gegen die Einführung der konfessionslosen Schule sind zu beziehen durch die Geschäftsstelle der Sächsischen Volkszeitung Holbeinstr. 46. Fernruf 21566.

Gut möbl. Wohnzimmer. es, mit Schlafzimmer mit aufmerksamer Bedienung ev. vollständiger Verpflegung ist bei alleinstehender Dame für sofort zu vermieten. Tackstr. 18 III., links.